

Bad Zwesten, den 13.11.2019

Pressemitteilung der SPD-Fraktion in der Gemeindevertretung Bad Zwesten

Die im Oktober dem Haupt- und Finanzausschuss vorgestellte Gebührenkalkulation für Wasser und Abwasser hat den Mitgliedern der SPD Fraktion Sorge bereitet.

In den letzten Jahren waren in diesen Bereichen größere Investitionen notwendig, da die Anlagen „in die Jahre gekommen waren“ und erneuert werden mussten. Der SPD Fraktion war bewusst, dass solche Ausgaben sich unmittelbar auf die Gebührenentwicklung auswirken werden.

Dennoch ist der SPD auch wichtig, dass die Bürger nicht mehr belastet werden, als unbedingt notwendig. Die Kostensteigerungen dürfen das notwendige Maß nicht überschreiten.

Die in der Vorlage aufgerufenen Preissteigerungen werden für eine Vielzahl der Bürger erhebliche Mehrkosten mit sich bringen – für einen Zwei-Personen-Haushalt mag das *unter „dem Radar“* bleiben, aber eine vierköpfige Familie wird das empfindlich treffen. „So eine Gebührenerhöhung liegt uns allen quer im Magen“ führte die Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Christina Philippi aus.

Bei der Überprüfung der Gebührenkalkulation durch die SPD Fraktion in Vorbereitung zur Beschlussfassung in der Gemeindevertretersitzung haben sich Fragen ergeben. Unter anderem über die angesetzte Höhe der kalkulatorischen Zinsen. Dieser Prozentsatz ist von immenser Bedeutung: Immerhin ändert sich die Gebühr um 21cent pro %-Punkt. Die kalkulierten 4,5% erscheinen uns aufgrund der derzeitigen Zinslage recht hoch. Darüber hinaus war ursprünglich vereinbart worden, dass ein Teil der Investitionskosten aus den Mitteln der Hessenkasse übernommen wird, was zu einer Entlastung des Wasserhaushaltes geführt hätte. Diese „Einnahmen“ erschienen nun aber nicht mehr in der Kalkulation der Gebühren, wie Silke Herbig (SPD) feststellte.

Dementsprechend haben wir unsere Fragen in der Gemeindevertretungssitzung formuliert und um Neukalkulation und Erläuterung gebeten.



Über die Unterstützung der Fraktion der Grünen für unsere Fragen und einer Vertagung des Beschlusses haben wir uns gefreut. Wir sind an einer sachlichen Diskussion interessiert, die dem Wohle unserer Bürger dient. Eine polarisierende, schuldzuweisende Imagekampagne führt in unseren Augen nicht zum Ziel. Bestreben unserer Anfrage ist zu prüfen, ob die Höhe Gebühren gerechtfertigt ist und ob es möglicherweise Stellschrauben gibt, mit den man die Steigerung dämpfen kann.

Dieses Bestreben zeigt bereits erste Erfolge: Im Rahmen dieser Überprüfung wurde nun auf Veranlassung von Dr. Stephan Lanzke (SPD) bereits einen Rechenfehler aufgezeigt, der zu einer signifikanten Verminderung der Kostensteigerung führen wird. Es freut uns sehr, dass unser Anstoß dazu geführt hat, dass sich jetzt alle mit der Kalkulation auseinandersetzen. Durch diese Initiative ist es zu einer lebhaften parteiübergreifenden Diskussion gekommen, in der nun Ideen entwickelt werden.

Christina Philippi

